53. Jahrgang. № 171. Dienstag, 22. Juni 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,00 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern aus Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Raucht PATENT STROMMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Photographie in natürlichen Farben.
Photogr. Ausstellung: Industrie-Halle, I. Etage.
Lumière-Autochromplatten 4 Stück 9×12 Mark 3,25; 4 „ 13×18 „ 6,50
Carl Plaul, Königl. u. Prinzl. Hofl., **Wallstr. 25.**

REINHARDT LEUPOLT
Specialfabrik für GARTENSCHLÄUCHE
DRESDEN-A.
Lager: Wettinerstrasse № 26, Ecke Reinhard-Strasse.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer **Anzug-, Hosen-, Paletot-** und **Westenstoffe** in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Schwül, Gewitterneigung.

Der König wird während der großen Sommerferien mit seinen Söhnen einen längeren Aufenthalt in Seis in Tirol nehmen.

Die Vorständeversammlung der **sächsischen Mittelstandsvereine** in Leipzig sprach sich gegen die Reichswertzuwachssteuer auf den Grundbesitz aus und wandte sich scharf gegen den neu gegründeten Hansabund.

Der **Reichstag** setzte die Beratung der Besteuerung der Wertpapiere, Kotierungssteuer fort. Reichsbankpräsident Havenstein legte nochmals die Bedenken der Regierung gegen die Kotierungssteuer dar.

Dem **Großadmiral von Koester** sind anläßlich seines 50jährigen Dienstjubiläums die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden verliehen worden.

Der Senior der Berliner Stadtverordneten und Ehrenbürger von Berlin, **Paul Langerhans**, ist gestern früh gestorben.

Das Landgericht Karlsruhe hat die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen **Rechtsanwalt Hau** abgelehnt.

Der **Berliner Messerstecher** soll in Liverpool verhaftet worden sein.

In Liverpool kam es aus religiösen Ursachen zwischen irischen Katholiken und Protestanten zu **schweren Ausschreitungen.**

Wirrwarr . . .

Die Generaldebatte über die **Ersatzsteuer-Vorlagen** der Regierung liegt hinter uns. Alle haben gesprochen: die verbündeten Regierungen mit dem Reichskanzler an der Spitze und die verschiedenen Parteien. Fragt man nach dem Ergebnis, so kann man leider nur antworten, daß alle die vielen Worte keine Klärung der Situation gebracht haben. Man ist so klug als wie zuvor, oder mit anderen Worten: selbst die Neunmalweisen vermögen nicht zu sagen, wann und wie die **Reichsfinanzreform** zustande kommen wird. Die Geister von rechts und links sind in den letzten Tagen im Reichstage so hart aufeinander geplatzt, daß man auf ein auch nur notdürftiges Zusammenleimen des Blockes kaum noch rechnen darf, wenigstens soweit die Finanzreform in Frage kommt. Von liberal-freisinniger Seite wird die Sache jetzt geflissentlich so gedreht, als ob daran einzig und allein die bösen Konservativen mit ihrer zähen Gegnerschaft gegen die Erbanfallsteuer schuld seien. Davon ist keinesfalls die Rede, und der Wortführer der Konservativen konnte mit offizieller Ermächtigung seiner Partei feststellen, daß ein großer Teil derselben ursprünglich bereit war, trotz größter Bedenken in die Erbschaftssteuer zu willigen, sofern und solange das Zustandekommen der Gesamtreform davon bedingt schien. Erst das Versagen der Liberalen bei den indirekten Verbrauchssteuern hat innerhalb der konservativen Partei einen scharfen Umschwung herbeigeführt, da man mit der Linken trotz allen Entgegenkommens in der Erbschaftssteuerfrage doch zu keinem positiven Resultat kommen zu können glaubte. So viel als Beisteuer zur Wahrheit, die man aus begreiflichen Gründen auf der linken Seite zu verdunkeln strebt! Erst durch die Haltung der freisinnig-liberalen Parteien ist also die an sich rein technische **Erbschaftssteuerfrage** zu einer unheilvollen **Machtfrage** geworden. Bedauerlicherweise, denn hier sitzt die Quelle alles Uebels, der Grund, weswegen wir diesen Jammer unfruchtbaren Parteihaders in der deutschen Volksvertretung erleben müssen. Es ist ein großer Fehler gewesen, daß die Leitung der Reichsregierung es so weit hat kommen, die Parteien des Blockes so heftig sich ineinander hat verbeißen lassen, daß ein Zurück, ein Ausgleich kaum noch möglich ist. Man konnte den Eindruck während der letzten Reichstagsdebatten nicht los werden, daß die zum Teil glänzenden und überzeugenden Reden vom Regierungstisch aus, an denen sich auch der greise, aber unermüdliche sächsische Finanzminister Dr. v. Rüger mit starkem Erfolge beteiligte, mehr gewirkt hätten, wenn sie viel, viel früher gehalten worden wären, damals, als die Blockfehde noch nicht zu solcher Schärfe entbrannt war, wie heute. Jetzt kamen sie zu spät: verpufften ziemlich wirkungslos; die allgemeine Kampfstimmung zwischen dem alten und dem neuen Block ließ die Stimmen ruhiger Sachlichkeit nicht recht zur Geltung kommen.

Das ist um so beklagenswerter, als die Ausführungen vom Bundesratstische viel zur Klärung der Lage beitragen könnten, wenn man sie nur ernsthaft erwägen würde. Was der preußische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben in seiner großzügigen Rede zugunsten der Erbanfallsteuer anführte, war durchaus geeignet, die Bedenken der Gegner abzuschwächen. Auf reiches Zahlenmaterial gestützt, wies er nach, daß besonders die Landwirtschaft nur zum kleinsten Teile von dieser Steuer betroffen würde und ihr auch sonst die größtmöglichen Erleichterungen im Gesetze zugebilligt worden seien. Es scheint nichts gefruchtet zu haben, obwohl Dr. v. Rüger kräftig in dieselbe Kerbe hieb, denn die letzten konservativen Preßstimmen, wie sie in der „Kreuzztg." und der agrarischen „Deutschen Tagesztg." vorliegen, halten den alten ablehnenden Standpunkt voll und ganz aufrecht und verlangen als Ersatz für die erweiterte Erbschaftssteuer nach wie vor die Kotierungssteuer als pièce de résistance. Wir verstehen diese Haltung trotz aller teilweisen berechtigten sachlichen Begründung, wie sie konservativerseits versucht wird, nicht, weil wir **das große Ziel** im Auge halten. Die verbündeten Regierungen sind, wie Finanzminister Dr. v. Rüger mit besonderem Nachdruck in seiner Reichstagsrede betont hat, durchaus geschlossen der Ansicht, daß, wenn überhaupt direkte Steuern kommen sollen, die Erbanfallsteuer noch die er- und einträglichste direkte Steuer für das Reich sei. Weshalb wollen die Konservativen eine Kraftprobe heraufbeschwören, in welcher sie Seite an Seite mit dem Zentrum gegen die verbündeten Regierungen — eventuell mit unsicherem Erfolg — kämpfen müßten?! Wir glauben kaum, daß das der Partei selbst zum Vorteil gereichen würde, und begrüßen es mit Genugtuung, daß die **sächsischen Konservativen** eine selbständige Haltung eingenommen haben und für die Erbanfallsteuer sind. Die preußischen Konservativen könnten das ebenfalls tun, wenn sie bedenken würden, was alles auf dem Spiele steht und wie sehr gerade ihnen die verbündeten Regierungen bei Umwandlung der zuerst vorgeschlagenen Nachlaßsteuer in eine Erbanfallsteuer entgegengekommen sind. Aber es scheint, als ob der wahre und letzte Grund des konservativen Widerstandes in Preußen liegt, genauer ausgedrückt in der preußischen Wahlrechtsfrage. Die auf Bülows Veranlassung in der letzten preußischen Thronrede angekündigte Wahlrechtsreform, die wir in Sachsen gerade dank der hervorragenden opferwilligen Mitwirkung der konservativen Partei glücklich hinter uns haben, hat bei den preußischen Konservativen böses Blut gemacht, weil sie davon eine Erschütterung ihrer alten historischen Machtstellung im führenden Bundesstaate nicht mit Unrecht befürchten. Dabei vertreten sie aber kein einseitiges Parteiinteresse, sondern einen staatserhaltenden Grundsatz von größter Bedeutung. Fürst Bülow wollte seinerzeit mit dieser Ankündigung wohl heimlich die Liberalen für eine positive Mitarbeit an der Reichsfinanzreform gewinnen — leider hat er sich in doppelter Weise verrechnet: die Konservativen in Preußen hat er vor den Kopf gestoßen und die Liberalen haben trotz allem bezüglich der indirekten Steuern nicht jenes volle aufrichtige Entgegenkommen gezeigt, welches unbedingt notwendig gewesen wäre, um auch die Konservativen rechtzeitig zu Kompromissen in der Erbschaftssteuerfrage zu bewegen.

Wie liegen nun die Dinge? Die Konservativen haben, als die Arbeiten der Finanzkommission wegen ihrer Fruchtlosigkeit allgemeines Unbehagen erweckten, von dem „königlichen Vorrechte der Initiative" Gebrauch gemacht und im Verein mit dem Zentrum und den Polen schnell ein Steuerbukett zusammengestellt, das jetzt im Reichstage zur zweiten Lesung gestellt worden ist. Mag man an der Arbeit und dem Vorgehen der Finanzkommission auch alles mögliche auszusetzen haben, so viel steht fest, daß wir ohne den in der Kommission konservativerseits betätigten Entschluß, endlich einmal vorwärts zu kommen, noch nicht so weit wären, wie wir heute sind. Das ganze deutsche Volk begrüßt es mit einem Aufatmen der Erleichterung, daß jetzt endlich nach so langem und vergeblichem Hin und Her parteipolitischen Gezänkes die **Entscheidung** naht. Wie die Würfel fallen werden, darüber ist sich allerdings heute noch niemand klar, auch nicht der Kanzler Fürst Bülow und die verbündeten Regierungen. Der Reichskanzler hat zwar in seiner großen Einleitungsrede zu den Debatten der vorigen Woche den Gedanken einer Reichstagsauflösung anklingen lassen, indem er sagte, daß das deutsche Volk „in früherer oder späterer Zeit mit denen abrechnen" würde, die am Scheitern der Finanzreform Schuld trügen, aber wir glauben nicht ohne weiteres, daß es tatsächlich zur Reichstagsauflösung kommen wird. Es wäre unter allen Umständen ein sehr riskanter Sprung ins Ungewisse und deshalb vermuten wir eher einen Rücktritt des Fürsten Bülow, falls die Dinge eine Richtung nehmen sollten, die er nicht mitmachen zu können glaubt. Blieben die verbündeten Regierungen! Werden sie, selbst wenn Bülows Rücktritt ihnen den Weg freimachen würde, dieselben Steuern aus konservativ-klerikaler Hand annehmen, die sie soeben noch als Unmöglichkeiten oder, um mit dem Finanzminister Dr. v. Rüger zu reden, als Unding bezeichnet haben? Ohne schwere Einbuße an Autorität könnten sie es gewiß nicht tun. Wird aber anderseits der Bundesrat die Verantwortung auf sich nehmen und eventuell 450 Millionen Mark ihm von der konservativ-klerikalen Mehrheit gebotener Steuern ablehnen wollen, bloß weil die 50 Millionen der Erbschaftssteuer fehlen?! Die Mehrzahl der Zeitungsstimmen aus den verschiedensten Parteilagern neigt schon jetzt zu der Ansicht, daß der Bundesrat „um der Not der Einzelstaaten willen" Nachgiebigkeit zeigen wird. Man wird leider mit dieser Möglichkeit rechnen müssen, denn die Aussichten auf Durchbringung der Reichserbschaftssteuer stehen denkbar schlecht: Konservative und Zentrum stehen — von ganz geringen Ausnahmen abgesehen — dagegen; Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung wollen die Erbanfallsteuer nur unter ganz bestimmten Bedingungen gutheißen, während Polen und Sozialdemokraten sich ihre Stellungnahme bis zur Entscheidung vorbehalten haben. Für die Erbschaftssteuer sind also unbedingt nur Liberale und Freisinnige, und diese haben bezüglich der indirekten Steuern in Presse und Parlament ein so zweideutiges Spiel gespielt, daß sie wieder in dieser wichtigen Beziehung nicht mitrechnen können. Auch zeigten die Liberalen aller Schattierungen einen derartigen Machtdünkel, als ob von ihnen allein das Schicksal der Reichsfinanzreform mit allen etwaigen Konsequenzen abhinge. Sie scheinen die Rede des Kanzlers doch etwas kräftig mißverstanden zu haben, obwohl Fürst Bülow ausdrücklich hervorgehoben hat, daß er als leitender Staatsmann über allen Parteien stände und die Reichsfinanzreform aus den Händen der Parteien nehmen wolle, die sie ihm in sachlich annehmbarer Weise entgegenbrächten, gleichviel ob konservativ oder liberal oder ultramontan.

So sehen wir ein Bild allgemeinen Wirrwarrs, entsprungen gewissen Ungeschicklichkeiten der Reichsregierung, vor allem aber dem elenden **Fraktionshader**, der sich in Deutschland zu einem wahren Kreuz unseres nationalen Lebens auszuwachsen droht. Wer dächte heute nicht schmerzerfüllt an das Wort, das unser großer Bismarck 1891 in Kissingen gesprochen hat: „Ich halte unser ganzes politisches Fraktionswesen für eine **Krankheit** — eine Krankheit, die ihren Bestand hat durch den strebsamen Ehrgeiz der politischen Kondottieri, die an der Spitze einer Partei stehen wollen. Die Fraktionen und Fraktionsführer sind Erscheinungen bei uns, auf die ich nur mit Besorgnis zurückblicke bei meinem Scheiden aus dem Amt." Ja, so ist es! Wenn es noch einer Bestätigung bedurft hätte, so ist sie in diesen Tagen durch den parlamentarischen Kampf um die Reichsfinanzreform mit seinem widerlich kleinlichen Drum und Dran erbracht worden. Von diesem Vorwurfe Bismarcks ist keine Fraktion des Reichstags ausgenommen: sie sind allzumal Sünder. . . . Leider ist auch die Reichsleitung nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß sie es zeitweise an der rechten energischen Führung hat fehlen lassen. Jetzt treiben die Dinge einem ungewissen Schicksal entgegen, dessen Ausgang niemand vorauszusehen vermag. . .

* * *

Berlin. (Priv.-Tel.) Von angeblich zuverlässig unterrichteter parlamentarischer Seite läßt sich die „Tägl. Rundsch." zur innerpolitischen Lage schreiben: Es steht fest, daß die **Zentrumspartei** sich den Konservativen gegenüber verpflichtet hat, unter Fraktionszwang **gegen die Erbanfallsteuer** zu stimmen. Die Möglichkeit der Verständigung in irgendwelcher Form zwischen den Blockparteien wird nun davon abhängen, ob auch die Konservativen eine entsprechende Gegenverpflichtung übernommen haben, die sie unter allen Umständen bindet. Liegt die Sache tatsächlich so, dann kann man die Haltung der Konservativen nur als eine persönliche Gegnerschaft gegen den Reichskanzler mit dem Endziel seines Rücktritts auffassen, und damit wäre jede Aussicht auf ein Zustandekommen der Finanzreform unter Mitwirkung der liberalen Parteien beseitigt. Wenn aber die konservative Partei in ihren endgültigen Entschließungen dem Zentrum gegenüber noch frei ist und eine Konzession in der Erbanfallsteuer unter entsprechenden Gegenleistungen der Liberalen in der Besteuerung des Tabaks und Branntweins machen kann, dann wäre die letzte Hoffnung auf eine endliche Lösung der Krise noch nicht geschwunden. Der gestrige Artikel der „Köln. Ztg.", der den Standpunkt der Parteiführer zum Ausdruck bringt, deutet ja die Linie an, auf